

Hilfe für das Hochwassergebiet

Schleifereise der Staatssekretäre Königs und Willkens.
Staatssekretär **Königs** vom Reichsverkehrsministerium und Staatssekretär **Willkens** vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft weilten in diesen Tagen in den vom diesjährigen Hochwasser besonders schwer betroffenen schlesischen Gebieten. Insbesondere wurden mit den zuständigen Behördenvertretern, darunter den Vertretern der Landesbauernschaft Schleisien, die Schäden an den Niederungen der Oder sowie die von der Reihe angerichteten Schäden, besonders in den Städten **Glab** und **Reife** besichtigt. Es wurden umfangreiche Maßnahmen besprochen, die zum Ausgleich der Schäden erforderlich sind.

Jericho von den Engländern besetzt

Der arabische Freiheitskampf geht weiter.
Während die angelsächsischen Presse von Wehrlagen erfüllt ist über „die armen Juden in Deutschland“, führt die britische Wehrmacht in Palästina einen in seiner radikalen Durchführung kaum noch zu überbietenden Vernichtungskampf gegen die arabische Freiheitsbewegung. Häufersprengungen, Flugzeugbomben, Hinrichtungen und Massenverhaftungen, das sind die Methoden der englischen „Befriedungsaktion“, für die die scheinheilige Presse der angelsächsischen Welt nicht die leiseste Verurteilung besitz.

Die neue Gewaltmaßnahme der britischen Besatzungsarmee bildet die Besetzung der Stadt **Jericho**, die seit mehreren Monaten in den Händen der Araber war. Nachdem die Engländer die umliegenden Höhen mit einem Massenaufgebot von Artillerie besetzt hatten, drangen ganze Kolonnen von Panzerwagen in die Stadt ein. Die Bevölkerung war vorher durch Flugzettel, die von Flugzeugen abgeworfen wurden, zum Verbleib in den Häusern angefordert worden. Nach der Einnahme der Stadt durch die englischen Gendarmen fand eine eingehende Durchsuchung statt, bei der umfangreiche Verhaftungen vorgenommen wurden.

Im übrigen wird es den Engländern trotz ihres ungeheuren Nachschubs wohl kaum gelingen, die arabische Freiheitsbewegung zu ersticken. Im ganzen Lande kommt es täglich zu neuen Zwischenfällen, besonders zu Verhaftungen von Siedlungen. In **Zaffa** wurde ein Jude verlegt und ein Araber getötet. In **Saifa** wurde ein jüdischer Autofahrer erschossen. Ein englischer Soldat, der einige Schüsse erhalten hatte, ist seinen Verletzungen erlegen. In **Jerusalem** haben die englischen Behörden einen neuen Belagerungszustand verhängt, weil ein Bombenattentat verübt wurde.

Acht Häuser in die Luft gesprengt

In **Gaza** wurden von britischem Militär acht Häuser in die Luft gesprengt als Strafmaßnahme für die Verschleppung von zwei Soldaten. Ueber die Stadt wurde außerdem das Ausschverbot verhängt.

Slowaken fordern 20 Milliarden

Ein schwieriges Problem — Nächste Beratung in Prag
Die Beratungen des Ministerrates werden eifrig fortgesetzt. Neuerdings gestaltet sich das slowakische Problem schwieriger. Die Slowaken haben gewisse Forderungen finanzieller und staatsrechtlicher Natur gestellt. So verlangen sie eine Entschädigung von zwanzig Milliarden Tschekokronen für die Nachteile, die der Slowakei durch die zwanzig Jahre lange Verweigerung der Autonomie erwachsen sind.

Für die Lösung dieser Frage ist vorläufig ein Ausschuss eingesetzt worden. Dieser soll auch die Forderungen gewisse finanzielle Forderungen stellen. Was die staatsrechtliche Seite der slowakischen Frage betrifft, so hat man den Autonomie-Antrag klinisch in dem Prager Parlament und die Säkularer Beschlüsse zur Grundlage der Verhandlungen genommen. Die Slowaken fordern, daß die Staatsprache nur slowakisch sei. Weiter sollen in den Verträgen in der Slowakei nur Slowaken verwendet werden. Eine weitere Forderung ist die, daß die Wehrpflichtigen, die in der Slowakei auszubilden werden, ebenfalls nur in der Slowakei dienen sollen. Bisher sind keine von Seiten der Slowaken, daß nur diejenigen im Prager Zentralparlament beschlossenen Gesetze für die Slowakei Gültigkeit haben, für die die Mehrheit der slowakischen Faktion gestimmt hat. Die slowakische Regierung soll künftighin von der Zentralregierung auf Antrag des slowakischen Landtages ernannt werden.

Einige tausend Juden abgeschoben

Säuberungsaktion in der Slowakei
In einer Ansprache bei einem Aufmarsch der Hlinka-Garde in **Malacky** teilte Abg. **Sidor** mit, daß die slowakische Regierung von der **Breßlauer** Universität 465 jüdische Hochschüler ausgeschlossen habe. Einige tausend Juden seien nach dem Ausland abgeschoben worden.
Minister **Durcansky** betonte gleichfalls, daß die Slowakei den Slowaken gehöre, ein Regieren fremder Elemente werde nicht geduldet werden. Der Kommandant der Hlinka-Garde, **Darcik**, kündigte für die nächste Zeit einen weiteren Ausbau der Hlinka-Garde an. Auch Frauenabteilungen würden aufgestellt werden.

Auch Kolumbien wehrt sich

Schutz gegen die jüdische Einwanderung gefordert.
In der „New York Times“ ist eine kleine Meldung aus **Bogota** (Kolumbien) bemerkenswert, die gerade deshalb besonders auffällt, weil sie von dem Blatt beinahe schamhaft auf der Innenseite versteckt wird. Die Meldung verzeichnet die Tatsache, daß sich in **Bogota** ein immer stärker werdender Antisemitismus bemerkbar mache, der seinen Niederschlag sogar in einem dem Senat vorgelegten Gesetzentwurf gefunden habe, Juden die Einreise zu verweigern und die einheimische Industrie gegen die immer stärker werdende Konkurrenz zu schützen. Diese Vorlage werde aber, so fügt die „New York Times“ gleich hinzu, von der „Presse“ bekämpft.
Die Bewegung, die sich auch schon auf andere Städte ausbreite, werde hauptsächlich von Kleingewerbetreibenden und Handwerkern unterstützt, die durch die jüdische Einwanderung immer stärker in ihrer Existenz bedroht werden.

Jüdische Frechheiten in Warschau

In einer Warschauer Maschinenbauhochschule, in der sich die jüdischen Hörer gegenüber den Polen herausfordernd benahmen und sich weigerten, die ihnen zugewiesenen Plätze einzunehmen, kam es aus diesem Anlaß zu schweren Zusammenstößen. Die Leitung der Schule hat die Vorlesungen bis auf weiteres eingestellt.

Die Judenfrage in Deutschland

Reinliche Scheidung zwischen Deutschen und Juden

Dr. **Goebbels** gewährte dem Sonderkorrespondenten des englischen Reuters **Gordon Young**, eine Unterredung, in der er ausführlich die deutsche Auffassung über die Judenfrage darlegte.

Dr. **Goebbels** erklärte u. a.: „Das, was sich in den letzten Tagen in Berlin abgespielt hat, sind nur Reaktionen auf eine Infektion, die sich in den deutschen Volkskörper einschleichen wollte; Reaktionen auf eine Infektion, mit der wir Deutschen uns auseinandergesetzt haben und weiterhin auseinandersetzen müssen. Ob andere das tun, was insbesondere England in der Judenfrage tut oder läßt, ist für uns von keinerlei Einfluß. Ebenso ist es nicht Englands Sache, wie wir in Deutschland die Judenfrage lösen werden.“

Die Abgabe von 1 Milliarde Reichsmark werde in Form einer Abgabe eingezogen. Das jüdische Vermögen in Deutschland beträgt etwa 8 Milliarden Reichsmark. Weitere Maßnahmen sind zu erwarten, und zwar dahingehend, daß wir die Juden aus dem offenen wirtschaftlichen Leben entfernen wollen, damit es nicht wieder Zusammenstöße gibt. Es ist unmöglich, daß in einem nationalsozialistischen Staat, der antisemitisch eingestellt ist, ganze Straßenzüge von jüdischen Geschäften besetzt sind. Diese Geschäfte werden allmählich in arischen Besitz übergeführt.

Die Juden sollen auch nicht kulturell vernichtet werden, sondern sie sollen ihre eigene Kultur pflegen. Wir wollen eine ganz reinliche Scheidung zwischen Deutschen und Juden.

Auf die Frage, ob die Gesetze das jüdische Problem in Deutschland endgültig lösen, erklärte der Minister:

„Das hängt vom Judentum selbst ab; davon, ob die Juden die Stellung im öffentlichen Leben einzunehmen gewillt sind, die wir ihnen zubilligen, nämlich die Stellung einer fremden Rasse, von der wir wissen, daß sie dem deutschen Volke ablehnend gegenüber steht. Versuchen sie wieder, durch die Maschinen der neuen Gesetze hindurchzuschlüpfen, so wird es neue Gesetze geben, damit neue Demonstrationen vermieden werden. Eine andere Möglichkeit besteht nicht.“

Kein Ghetto

Nach einem Hinweis, daß die Gesetze sich nicht auf Juden anderer Nationalität beziehen, sprach der Minister über die Zukunft der Juden in Deutschland. Es bestehe keine Absicht, sie in bestimmten Stadtvierteln zusammenzuzwängen, aber es ginge nicht, daß Judenfamilien mit

zwei bis drei Köpfe Villen mit 20 bis 30 Zimmern bewohnen, während angemessener Wohnraum für deutsche Volksgenossen noch fehle.

Die Juden könnten ihre Geschäfte verkaufen, von ihren Renten leben oder sich nutzbringender Arbeit zuwenden. Wenn aber die Juden weiterhin provozieren, müßte auch diese Tätigkeit eingeschränkt werden.

Der Minister betonte, daß die ausländischen Juden mit einer **Heckampagne** gegen Deutschland ihren Massegenossen im Reich einen denkbar schlechten Dienst erweisen. Die deutschen Maßnahmen würden nicht aus einem Rachegefühl heraus getroffen, sondern seien eine Frage der Zweckmäßigkeit.

Auswanderung erwünscht

Der Minister betonte dann, daß Deutschland ein Interesse daran habe, daß die Juden aus dem Lande gehen. Sie dürften bis zu einem gewissen Prozentsatz ihres Vermögens mitnehmen, im Rahmen des deutschen Devisenvorrats.

Auf ausländisches Kapital und ausländische Unternehmen in Deutschland würden die Maßnahmen nicht angewandt werden.

Ein Volk gegen seine Parasiten

Dr. **Goebbels** bejahte dann die Frage, daß die antijüdischen Demonstrationen in Deutschland und die Lage in Palästina parallel laufen, und fügte hinzu, er würde es begrüßen, wenn die englische Publizistik über innerdeutsche Vorgänge genau so fair und zurückhaltend wäre, wie die deutsche gegenüber innerenglischen Vorgängen. Der Minister wies dann die Behauptung eines Bürgerkrieges in Deutschland zurück. Wenn ein 80-Millionen-Volk sich gegen die Provokationen von 600 000 Juden erhebe, so sei das kein Bürgerkrieg, sondern die Auseinandersetzung eines Volkes mit seinen Parasiten.

Zum Schluß betonte der Minister, er glaube an bessere Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien. England müsse sich jedoch darüber klar sein, daß es heute ein gleichberechtigter Partner sei. Wenn aber die Welt weiter in der Mentalität von Compiègne und Versailles lebe, kann es keine guten Beziehungen geben, Deutschland sei manchmal gerade in psychologischer Hinsicht schwer verletzt worden. Wenn das geändert würde, wäre für eine deutsch-englische Verständigung ein sehr viel getan.

Die Hochschulen judenrein

Kein Jude mehr zum Studium zugelassen

Belamäßig hat der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung schon seit langem Juden nur noch in ganz beschränktem Umfange zum Studium an den deutschen Hochschulen zugelassen.

Ein in Vorbereitung befindlicher Gesetzentwurf sieht vor, daß künftig kein Jude mehr zum Studium an deutschen Hochschulen zugelassen wird.

Die auf Grund der ruchlosen Frevel der Juden Grünspan entstandene Empörung des deutschen Volkes erfordert eine sofortige Maßnahme, da es nicht mehr länger deutschen Studenten zugunsten werden kann, in den Hochschulen und ihren Einrichtungen mit Juden zusammenzuarbeiten. Reichsminister **Rust** hat daher durch telegraphische Weisung an die Rektoren der deutschen Hochschulen angeordnet, daß den Juden die Teilnahme an Vorlesungen und Übungen sowie das Betreten der Hochschulen untersagt wird.

Jüdische Apotheken gibt es nicht mehr

Im Hinblick auf die Entjudung der Ärzteschaft und des Anwaltsstandes weist die Deutsche Apothekerschaft darauf hin, daß bei den Apotheken diese Entjudung bereits durchgeführt ist. Dank der Laissez-faire des Reichsapothekerversäuers zählt dieser Beruf zu den am frühesten von den Juden säuberten. Am 1. Januar 1933 waren 310 deutsche Apotheken in jüdischen Händen, besonders in den großen Städten. Ueber ein Viertel der Berliner Apotheken stand unter jüdischer Leitung. Zahlreiche kleine Apotheken, besonders auch auf dem Lande, gingen infolge des jüdischen Einflusses zugrunde. Schon seit dem 1. Oktober 1933 gibt es in Deutschland keine einzige jüdische Apotheke mehr.

Keine Juden auf deutschen Schulen

Anordnung durch Reichsminister **Rust**.
Nach der ruchlosen Mordtat von **Paris** kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, daß es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen.

Vorbehaltlich weiterer gesetzlicher Regelung hat Reichserziehungsminister **Rust** mit sofortiger Wirkung folgende Anordnung erlassen:

- Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle zur Zeit eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen.
- Wer jüdisch ist, bestimmt Paragraph 5 der ersten Verordnung vom 14. 11. 1933 zum Reichsbürgergesetz (Reichsgesetzblatt I S. 1333).
- Diese Regelung erstreckt sich auf alle mit unterstellten Schulen einschließlich der Pflichtschulen.

Rassenfrage und Frankreichs Zukunft

Flandern über französische Innen- und Außenpolitik
Auf dem Schlusstage der Jahrestagung der Demokratischen Vereinigung hielt der Parteivorsitzende und ehemalige Ministerpräsident **Flandern** eine Ansprache, in der er u. a. die Rasse als das brennendste Problem für die jän-

zösische Zukunft bezeichnete. Frankreich werde nur dann eine erste-rangige Macht bleiben, wenn es durch die Entwicklung seiner Bevölkerung den Zuwachs der anderen Völker ausgleichen könne.

Es sei **Wahslum**, den Geburtenunterhalt in Frankreich durch den Zustrom und die Neutralisierung von Ausländern zu ergänzen. Das bedeute Bastardierung einer Rasse. Es sei höchste Zeit, daß die Kolonisierung Frankreichs durch Ausländer und vor allem durch unerwünschte Ausländer aufhöre. Eine gewaltige Anstrengung zur Ermittlung und Entwicklung der Geburtenfruchtbarkeit müsse neben diesen Maßnahmen zur Säuberung des Volkskörpers einhergehen.

Darüber hinaus ergebe sich ebenfalls die Notwendigkeit einer Ueberholung des Begriffes „Patriotismus“. Frankreichs Rolle seit dem Zusammenbruch der **Genfer Liga** und der kollektiven Sicherheit sei nicht, den **Gendarmen** in Europa zu spielen.

Die Lebensinteressen Frankreichs ruhten in der Zukunft in seinem eigenen Weltreich. Das bedeute nicht, daß Frankreich sich an den europäischen Problemen uninteressiert zeigen solle. Er, **Flandern**, sei immer der Ansicht gewesen, daß Frankreich überall vertreten sein müsse, aber es müsse völlig handlungsfrei bleiben und den Umständen nach abwägen, wo und wann es sich einschalten solle.

Pirow für Chamberlains Friedenspolitik

London. Der südafrikanische Verteidigungsminister **Pirow**, der zur Zeit in London weilte, setzte sich in einer Rede für die Politik Chamberlains ein. Er stellte dabei u. a. fest, die südafrikanische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die **Gespräche**, die man mit der Münchener Konferenz eingeleitet habe, fortgesetzt werden sollten, um eine gesunde und dauerhafte Basis für den Weltfrieden zu finden. Es müsse jedoch ein Frieden zu einem vernünftigen Preise sein. Bei gutem Willen sollte eine solche Regelung möglich sein.

Zwischenfälle in Marseille

Zahlreiche Verletzte bei der Trauerfeier.
Bei den Begräbnisfeierlichkeiten für die Opfer des **Marseiller Brandunglücks** kam es zu zwei aufregenden Zwischenfällen, die nach den bisherigen Angaben mindestens 15 Verletzte gefordert haben.

Bei dem ersten Zwischenfall soll es sich um eine Explosion gehandelt haben, bei der insgesamt drei Personen verletzt wurden. Wie verlautet, sind die Gerätschaften eines Pressephotographen in Brand geraten und explodiert. Die Massen ergriffen unter furchtbarem Geschrei die Flucht. Der zweite Zwischenfall ereignete sich zum Schluß der Trauerfeier. Ein für den Absperredienst eingesetzter **Senegal-Schütze** wurde plötzlich irrsinnig. Er richtete sich auf die Zuschauer und schlug auf sie mit dem Gewehrkolben ein. Es brach eine Panik aus. Insgesamt sollen bei diesem zweiten Zwischenfall zwölf Verletzte in die Krankenhäuser gebracht worden sein.

Holländisches Verkehrsflugzeug verunglückt

Das Flugzeug „**Nisvogel**“ der **Holländischen Luftfahrtgesellschaft KLM** ist, von **Berlin** kommend, kurz vor dem **Amssterdamer Flughafen Schiphol** durch unfreiwillige Bodenberührung verunglückt. Das **Unglück** ereignete sich in unmittelbarer Nähe der **Autobahn** nach dem **Haag** und wird auf plötzliche aufkommenden Bodenebel zurückgeführt. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt. Wie verlautet, wurden bisher fünf Tote geborgen. Elf Verwundete wurden in ein Krankenhaus gebracht. Das Flugzeug hatte 14 Fahrgäste an Bord.